

Kandidaten im Check der Senioren

Politiker stellen sich auf dem Podium im Rathausaal den Fragen – Bei Pflegeberufen sind sich alle einig

Bundes- und Landtagskandidaten der kommenden Wahlen haben sich im Rathausaal Delmenhorst den Fragen von Senioren gestellt. Sie äußerten sich zu Themen wie Wohnungsbau, Sicherheit oder Asyl.

Von Kai Hasse

DELMENHORST. Eine rege Diskussion um Themen rund um Senioren hat sich bei der Podiumsdiskussion des Seniorenbeirates mit Bundes- und vertretungsweise Landtagskandidaten der anstehenden Wahlen ergeben. Im Rathausaal versammelte der Seniorenbeirat der Stadt um den Vorsitzenden Ulf Kors sechs Kandidaten. Streitthemen waren Zukunft der Pflege, Mindestrente oder Sicherheit.

In der Bütt: die Bundes- und Landtagskandidaten Herbert Sobierei (AfD), Andreas Kuska (FDP), Astrid Grotelüsch (CDU), Susanne Mittag (SPD), Christina-Johanne Schröder (Grüne) und Edith Belz (Linke). Thomas Breuer, stellvertretender Redaktionsleiter des dk, mo-

derierte die Runde.

Erster Streitpunkt war eine Rentenreform. Susanne Mittag sprach sich für eine Mindestrente aus, die bisher mit dem Koalitionspartner im Bund (sie meint die CDU) nicht möglich wurde. 850 Euro hoch müsse sie sein. „Wir machen das allein, wenn wir bei der Wahl hohe Prozente haben“, sagte sie. Schröder bestätigte Mittag, dass das finanzierbar sei und auch von den Grünen gewollt. Bolz überbot die 850 noch. Eine Mindestrente von 1050 Euro forderte sie. Die sei rechnerisch möglich – wenn alle Berufsgruppen wie auch Beamte und Selbstständige in die Rentenkasse zählten. Grotelü-

schen bemerkte, dass vor allem die Faktoren, die zu niedrigen Renten führen, bekämpft werden müssten. Sie sprach sich dafür aus, die betrieblichen Renten-

modelle zu verbessern, ebenso wie die Mütterrente. Kuska will eine Altersversorgung für Selbstständige verpflichtend einführen. Zudem brauche es einen flexibleren Übergang in den Ruhestand. Sobierei zitierte Ex-



Diskutierten im Rathaus über aktuelle Themen rund um den Alltag von Senioren: von links Edith Belz (Linke), Andreas Kuska (FDP), Susanne Mittag (SPD), Moderator Thomas Breuer (dk), Christina-Johanne Schröder (Grüne), Herbert Sobierei (AfD), Astrid Grotelüsch (CDU) und Ulf Kors vom Seniorenbeirat. FOTO: KAI HASSE

Arbeitsminister Norbert Blüm: „Minijobs bringen keine große Rente.“ Demzufolge müsse man Minijobs und Leiharbeit abschaffen und generell bessere Arbeitsbedingungen schaffen.

Kontrovers ging es beim Punkt sozialer Wohnungsbau zu. Es müsse mehr Geld in Fördertöpfe, die sozialen Wohnungsbau fördern, meinte Grotelüsch – wengleich sie auch sagte, dass entsprechende Mittel allein in Niedersachsen nicht komplett genutzt würden. Es brauche mehr Anrei-

ze, sie auch zu nutzen. Grotelüsch und Mittag betonten, dass sozialer Wohnungsbau nicht allein „Armen“ gelte, sondern auch etwa jungen Leuten.

Einvernehmen beim Punkt Pflegeberufe und Pflegenotstand: Die Pflegeberufe müssten attraktiver werden. „Ein Beruf, der so wichtig ist, muss bei Ausbildung, Fort- und Weiterbildung bezahlbar bleiben“, forderte Belz. Alle Redner plädierten für eine größere Achtung und bessere Bezahlung. Dass Menschen aus dem Ausland

für diese Berufe angeworben werden, sei keine Lösung, sagte die Bündnisgrüne Schröder. „Pflege ist ein Beruf, bei dem man reden muss“, und deshalb sei die sprachliche Hürde speziell in diesem Fall ein Problem.

Der AfD-Mann Sobierei machte den Anfang beim Thema Sicherheit. Er plädierte für eine Erhöhung der Zahl von Polizeibeamten und meinte, dass es in Großstädten Bereiche gebe, in die man sich nicht mehr sicher wagen könne. Kuska will, dass bestehende Rechte bes-

ser angewandt und Justiz wie Polizei besser ausgestattet werden. Christdemokratin Grotelüsch setzte sich vehement dafür ein, dass Rettungs- und Sicherheitskräften wieder Respekt verschafft werden müsse – durch strengere Strafmaße. Ein Unsicherheitsgefühl müsse man ernst nehmen. Das sagte auch Susanne Mittag, selbst Polizeibeamtin, die aber ebenso wie Schröder betonte, dass die Kriminalität faktisch nicht zu-, sondern abgenommen habe. Zahlen der Stadt Delmenhorst stützen das.

Keine Überraschungen gab es beim Punkt eines Einwanderungsgesetzes. Schröder sprach sich für das Grundrecht auf Asyl aus. Zum Thema Einwanderung von Fachkräften: „Wir sind die einzige Industrienation, die kein Einwanderungsgesetz hat – in Zeiten des Fachkräftemangels.“ Sie und Mittag sprachen sich für ein Einwanderungsgesetz aus. Grotelüsch war skeptisch und sprach von einer Zuwanderung, die „passgenau und begrenzt“ sein müsse. Kuska plädierte für ein Einwanderungsgesetz, forderte aber auch Abschiebungen. Sobierei meinte, Unternehmen sollten Minijobber qualifizieren, anstatt auf Zuwanderung zu setzen.

